

Thema: Bundes- und Landespolitik der Freien Wähler – Machtwechsel in Bayern?

Zur Vorbereitung auf die Landtagswahl 2013 hat der Ortsverein Markt Schwaben für den Februarstammtisch die Freien Wähler zur Diskussion eingeladen. Erfreulicherweise hat Hubert Aiwanger, der unter anderem auch Bundesvorsitzender der Freien Wähler ist, seine Teilnahme zugesagt und sehr dazu beigetragen, daß wir mit weit mehr als 100 Teilnehmern einen ungewöhnlich gut besuchten Stammtisch durchführen konnten.

Um es vorweg zu sagen, die Teilnehmer haben sicher nicht bereut, sich diesen Termin vorzumerken und den Ausführungen von Hubert Aiwanger und den anderen Podiumsteilnehmer zuzuhören und mitzudiskutieren.

Neben dem Bundesvorsitzenden der Freien Wähler nahm auch Dr. Wilfried Seidelmann, der Kreisvorsitzende und Direktkandidat der Freien Wähler, sowie Doris Rauscher, die Direktkandidatin der SPD im Landkreis Ebersberg an dem Stammtisch teil.

Unser Bürgermeister Georg Hohmann würdigte den Stammtisch in einer kurzen Einleitung und begrüßte neben den Podiumsteilnehmern eine ganze Reihe von Besuchern aus Markt Schwaben und der Umgebung, die sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen wollten, Informationen aus erster Hand zu erhalten.

In seinem Einführungsreferat streifte Hubert Aiwanger viele aktuelle Themen und stellte die Position der Freien Wähler dar. Bevor er die Fokussierung der Freien Wähler auf einen inhaltlichen Wahlkampf hervorhob, warb Aiwanger in Anlehnung an die Zweitstimmenkampagne der FDP in Niedersachsen etwas schmunzelnd um Zweitwähler aus dem SPD Wählerpotential.

Seiner Ansicht nach sollten die verschiedenen Parteien vor allem ein Machtgeplänkel vermeiden und sich lieber regelmäßig an einem runden Tisch aller Fraktionen zusammensetzen, um gemeinsam an der Lösung der offenen Themen zu arbeiten.

In der Rede stellte sich sehr schnell heraus, daß Freie Wähler und Sozialdemokraten sehr viele Gemeinsamkeiten und genügend Gründe haben, um sich gegen die aktuelle Landesregierung zu positionieren. Eine Auswahl der angeschnittenen Themen, die in der anschließenden Diskussion vertieft wurden, sei hier angeführt:

Ein zentrales Thema ist die Energiewende, die im Laufe des Abends immer wieder angesprochen wurde. Erschreckend ist dabei die Position der CDU/CSU. Die Kehrtwende nach Fukushima war offensichtlich eher taktischer Natur, um das Risiko der Kernenergie schnell aus den Schlagzeilen zu bekommen. Denn eine Aufforderung der Freien Wähler, ein Energieministerium einzurichten, wurde von Seiten der Regierung ziemlich schnöde zurückgewiesen und auf einen späteren Zeitpunkt zurückgestellt.

Leider könne sich hier die Bevölkerung auch nicht auf unabhängige Gutachter verlassen, denn noch kurz vor der Kernschmelze hatte der TÜV in einem Gutachten zur Sicherheit von ISAR1 positiv Stellung genommen. Nach der Katastrophe wurde das Kernkraftwerk dann plötzlich nicht mehr als sicher eingestuft.

Bei der Bewertung der Kosten für erneuerbare Energien operiert die Regierung nicht fair. Während bei den traditionellen Energieträgern viele Kosten nicht in den Preis des Stromes hineingerechnet werden, wie zum Beispiel die Entsorgung bei der Kernkraft oder Umweltschäden bei der Kohle, werden bei den erneuerbaren Energien alle Kosten umgelegt (EEG Umlage) und damit eine Ungleichbehandlung der Energieträger erzielt.

Statt den Umfang des Stromes aus erneuerbaren Energieträgern zu deckeln, sollten lieber Maßnahmen gefördert werden, die für eine Speicherung des Stromes notwendig sind, um die Schwankungen im Angebot und in der Nachfrage auszugleichen.

Thema: Bundes- und Landespolitik der Freien Wähler – Machtwechsel in Bayern?

Ein weiteres zentrales Thema ist die Bildungspolitik einschließlich der Auseinandersetzung um die Studiengebühren. Es ist schon sehr bedenklich, daß eine Partei, die lediglich 8% der Wähler repräsentiere, hier eine Lösung aus wahltaktischen Überlegungen verhindere. Der Zuspruch des Volksbegehrens zur Abschaffung der Studiengebühren führt deutlich vor Augen, daß eine breite Bevölkerungsschicht sich hier dagegen ausspricht. Aber nicht nur die Studiengebühren, sondern auch die Gebühren bei anderen Bildungsmaßnahmen, wie der Meisterausbildung oder der Ausbildung für Erzieher gehöre hier auf den Prüfstand. Die Bildungspolitik müsse mit Priorität 1 behandelt werden. Für die Schulen bedeute das nicht nur mehr Lehrer, sondern auch eine bessere Kooperation der verschiedenen Schultypen und –verbände, wie zum Beispiel bei den Lehrangeboten, aber auch bei der Infrastruktur. Eine Angleichung der Angebote in den 5. Und 6. Klassen ist hier unbedingt notwendig, um die leidige Diskussion um Gymnasium, Real- und Mittelschule zu beenden. Aber auch im Bereich der vorschulischen Erziehung muß dringend etwas geschehen. So muß der Stellenwert der ErzieherInnen in der Gesellschaft deutlich steigen, um bessere Qualität sicherzustellen. Eine Diskussion wie beim Einsatz von Schleckermitarbeitern in der Erziehung ist hier sicher nicht förderlich.

Bei diesem Thema konnte auch Doris Rauscher ihre reichhaltige Erfahrung als Pädagogische Leiterin von Kindertageseinrichtungen aus dem Landkreis einbringen. Sie prangerte die unsoziale und undemokratische Politik der Landesregierung bei der Bildung und bei der Betreuung von Bedürftigen an. Wie bei vielen anderen Themen auch unterstützte sie Hubert Aiwanger und steuerte Beispiele und Empfehlungen für die weitere Ausrichtung der Politik bei.

Auch in der Frage der Privatisierung der Daseinsvorsorge haben beide Parteien ähnliche Positionen. Es ist schon ein Fehler gewesen, die Telekommunikation und die Stromnetze zu privatisieren. Durch diesen Schritt treten kurzfristige Profitgedanken in den Vordergrund und die Grundversorgung der breiten Mehrheit ist nicht mehr gewährleistet. Beispiele sind die Breitbandversorgung im ländlichen Raum oder die dezentrale Energieerzeugung und –verteilung. Insofern wäre eine Privatisierung der Wasserversorgung und der Bahn sicher ein Schritt in die falsche Richtung.

Die Eurokrise und die Lösungsmöglichkeiten nahmen ebenfalls einen breiten Raum in der Diskussion ein, auch wenn es hier durchaus unterschiedliche Meinungen gibt. Aiwanger vertritt die Meinung, daß aufgrund der Euroverträge überhaupt keine gegenseitige Haftung erfolgen dürfte. Die Haftung für ein Land wie Griechenland hilft lediglich den Schuldner von Griechenland und damit vor allem den großen internationalen Banken, die hier spekuliert haben und vor einer großen Abschreibung stehen. Laut Aiwanger dürfte hier keine Übernahme der Verantwortung erfolgen, nur auf diesem Wege lassen sich künftige spekulative Investitionen vermeiden. Konkret im Falle Griechenland plädiert er zum Beispiel dafür, daß die Drachme als Parallelwährung eingeführt wird und damit den Griechen die Möglichkeit einräumt, eine Erholung der eigene Wirtschaft ohne den Druck der gemeinsamen Währung angehen zu können. Eine These, die viel Diskussion hervorruft.

Die verschiedenen Volksbegehren zeigen seiner Meinung nach sehr deutlich, daß die Bevölkerung sehr viel stärker einbezogen und ernst genommen werden will. Nichtrauchererschutz, dritte Startbahn und Studiengebühren sind Beispiele dafür. Die unsinnige Diskussion über den Transrapid und die Diskussion über den Donauausbau sind weitere Beispiele, die das dokumentieren.

Eine Verlagerung der Verantwortung in die Regionen und die damit verbundene Dezentralisierung und Förderung des ländlichen Raumes sind ebenfalls Forderungen, die beide Parteien vertreten. So kann zum Beispiel das ungehemmte Wachstum der Metropole München und die damit einhergehende Explosion der Grundstücks- und Mietpreise auf diese

Thema: Bundes- und Landespolitik der Freien Wähler – Machtwechsel in Bayern?

Weise gedämmt werden. Auch bei der Landwirtschaft sollten Märkte dezentralisiert, bäuerliche Strukturen gestärkt und die industrielle, investitionsorientierte Landwirtschaft gedrosselt werden. Das hilft sowohl den Bauern als auch den Verbrauchern.

Man kann gar nicht alle Themen aufzählen, die im Vortrag und in der anschließenden Diskussion, von Kurt Gebhardt moderiert, aufgegriffen wurden. In den meisten Fällen war es außerordentlich interessant und so spannend, daß der Abend wie im Flug verging. Nach über zweieinhalb Stunden wurde die Diskussion mit einem Schlußwort des Bürgermeisters beendet. Er bedankte sich im Namen des Ortsvereins mit einer Chronik von Markt Schwaben bei Hubert Aiwanger und überreichte auch den beiden Co-Referenten jeweils einen kleinen Bildband historischer Ansichten des Ortes.

Mit diesem erfolgreichen Abend konnten wir sicher wieder einige Interessenten für die nächsten Stammtische gewinnen. Bereits im März steht am 7.3. der Landratskandidat der SPD, Dr. Ernst Böhm, auf der Tagesordnung. Dieser Stammtisch wird wegen der erwarteten großen Nachfrage im Unterbräusaal stattfinden.

Manfred Kabisch, 7.2.2013